

## Ein tiefes Mißtrauen ist geblieben

### In Rumänien erwartet vorerst niemand eine Erneuerung

*Der folgende Bericht vermittelt Eindrücke und Hintergrundinformationen, die Anfang Mai während eines Rumänien-Aufenthaltes gesammelt wurden. Die Reise hatte den Anlaß, einen Pkw und einige Hilfsgüter in das leidgeprüfte Land zu überführen. Die beiden Autoren kehrten zurück mit der Erkenntnis, daß eine 800jährige Geschichte dort zu Ende geht. Mit ihren Ausführungen versuchen sie, das Erlebte und Erfahrene zu reflektieren, so ihre Impressionen von Hermannstadt oder von Michelsberg, dem einzigen Ort mit ausschließlich deutscher Bevölkerung. Aber von den früher 300 deutschen Familien sind heute ganze 80 übriggeblieben, und auch von ihnen ist ungewiß, ob sie ausharren werden. Bernd Grünewald ist Physiker und Leiter der Umwelta Abteilung eines Hamburger Energieversorgungsunternehmens. Udo Krolzik ist Gemeindepastor an der Christophoruskirche in Hamburg-Hummelsbüttel. LM*

Eine schwere Hypothek, die der heutige Staat Rumänien aus der Geschichte übernommen hat, ist der Umstand, daß er ein Mehrvölkerstaat ist. Die Rumänen müssen ihn mit Ungarn, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Zigeunern, Juden, Ukrainern, Serben teilen. Die daraus entstehenden Konflikte sind Hunderte von Jahren alt, und die Schaffung des heutigen Staatsgebietes unter Verlust von Teilen der Moldau und der Bukowina an die Sowjetunion und unter Zuschlag von Teilen von Ungarn haben der Eintracht unter den Völkern des Landes keinen Vorschub geleistet.

Jede Volksgruppe hat ihre eigene Konfession, die Rumänen die autokephale rumänisch-orthodoxe, die Ungarn die calvinistische oder die katholische, die sächsische, also deutsche, die lutherische Konfession. Die Kirchen sind in ihren jeweiligen Volksgruppen fest verankert. Nationalität und Konfession sind nicht zu trennen. Dem Beobachter

stellt sich jedoch die Frage, ob dies nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch für den rumänischen Hauptteil der Bevölkerung und die orthodoxe Kirche gilt. Immerhin verfolgte nicht erst Ceauşescu eine kommunistische Ideologie und setzte diese mit Hilfe einer Volkspartei, nicht etwa einer Kaderorganisation sowjetischer Art, durch. Nein, meint Pope Costea Filaret in Sibiu (Hermannstadt), ob Kommunisten, ob Securitate-Mitarbeiter, zu ihm seien sie immer gekommen. Die Rumänen seien in ihrer Gesamtheit nie gottlos gewesen.

Es besteht begründete Hoffnung, daß der Weg zu einem Miteinander der Volksgruppen gefunden wird. Die Gemeindeglieder sind nicht nur mit Personen, Denkweise und Problemen der benachbarten anderen Konfessionen vertraut, sondern bestätigen diesen sogar beste und aktive Nachbarschaft. Leider beschreiben diese Beobachtungen nur die Verhältnisse zwischen den Konfessionen.

Tatsächlich gibt es zwischen den verschiedenen Nationalitäten eine Fülle von Reibungsflächen, deren Existenz im täglichen Leben nicht zu leugnen ist. Wer in diesen Auseinandersetzungen als Täter und wer als Opfer bezeichnet wird, hängt zwangsläufig stark von der Herkunft der Darstellung ab. Dieses Phänomen ist bereits mühelos aus der Berichterstattung der deutschen Presse ablesbar. Was bleibt nach allem Gewicht und Wägen für den außenstehenden Beobachter also als belastbare Erkenntnis?

Belastbar ist, daß Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen in diesem Land jahrhundertealte Tradition haben, was nichts an der grundsätzlichen Fähigkeit zum Zusammenleben geändert hat. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen und der heutigen Bevölkerung bewußt, daß im Gebiet des jetzigen Rumänien Glaubensfriede herrschte, als im westlichen und mittleren Europa noch Glaubenskriege tobten. Wer heute Gespräche im Land führt, erfährt

auch, daß nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, das Rumänien nach langer Allianz mit dem Deutschen Reich an der Seite der Sowjetunion erlebte, der neue Staat eine liberale Minderheitenpolitik betrieb. Als einziger Staat Osteuropas trieb er seine Minderheiten nicht außer Landes, sondern räumte zumindest den größeren, der ungarischen und der deutschen, kulturelle Rechte ein. Lediglich die Säuberung durch die Rote Armee führte in jenen Jahren unter den Deutschen zu tragischen mehrjährigen Deportationen in die Sowjetunion.

Warum mit dem Aufstand in Ungarn 1956 sich die Minderheitenpolitik wandelte, unterliegt eher der Spekulation als dem Wissen. Es wurde deutlich, daß die Staatsführung auf einen nationalistischen Kurs umschwenkte, was in erster Linie Ungarn und Deutsche traf. Durch ihre eigene Kulturhoheit stellten diese Bevölkerungsgruppen zwei feste Blöcke im Lande dar, die einer nach Aufstreben und Anerkennung trachtenden Führung bedrohlich erschienen. Die Tatsache, daß der rumänische Staat das deutsche Schulsystem übernahm, weil er selbst kein eigenes funktionstüchtiges besaß, deutet darauf hin, daß eine leistungsfähige deutschstämmige Oberschicht existierte. Das Vorhandensein eigener deutscher und ungarischer Universitäten und Bildungsstätten im Land runden dieses Bild ab.

In bitteren Worten schildern alle nichtrumänischen Gesprächspartner nicht den verfassungsmäßigen, aber den faktischen Verlust der Kulturhoheiten. Bereits Gheorghiu-Dej begann in den fünfziger Jahren systematisch damit, rein ungarische und rein deutsche Schulen mit einzelnen rumänischen Klassen zu versetzen und so nach und nach zu romanisieren. Ceauşescu perfektionierte und beschleunigte diese Entwicklung, indem er zunächst die Zahlenverhältnisse zwischen rumänischen und Minderheitenklassen verkehrte und dann die Klassen mischte, so daß heute nur noch vereinzelt rein deutsche oder ungarische

Schulklassen oder ganze Schulen existieren. Was in den Augen des Fremden als vollendeter Versuch zur Förderung des Zusammenlebens erscheinen mag, deuten die einheimischen Minderheiten als Umsetzung einer geschickten und langfristig angelegten Machtpolitik der Mehrheitsführung, die auf die Zerstörung der kulturellen Identität der Minderheiten abzielt.

Als Beispiel mögen die Vorgänge um das lutherische theologische Seminar in Hermannstadt erwähnt sein. Über dieses Seminar der lutherischen Kirche in Siebenbürgen übernahm Ende der fünfziger Jahre die staatliche Kultusverwaltung die Oberaufsicht, die sich in strikter Kontrolle der Studienplätze äußerte. Eine von den nun einsetzenden Veränderungen betroffene Pfarrersfrau schildert, wie der Rektor im ersten Schritt der „Säkularisierung“ gezwungen wurde, alle Studentinnen, auch sie selbst, obwohl kurz vor dem Examen, vom Studium auszuschließen. Die Zahl der berechtigten Studenten wurde fortan strikt kontrolliert und bis zur letztjährigen Revolution systematisch von 100 bis 200 auf insgesamt 38 gesenkt. Nach Wegfall dieser Begrenzung trafen 1990 wieder Anmeldungen zum Studium in der früheren Größenordnung ein. Trotz der jüngsten Aufhebung der staatlichen Reglementierung besteht aber wenig Neigung unter den Lutheranern, den Verlust des Status einer deutschen Universität in Hermannstadt rückgängig zu machen. Statt dessen möchte man angesichts der unsicheren kulturellen Zukunft der Deutschen in Siebenbürgen die aus der Not geborene Anbindung an das ungarische calvinistische Seminar in Klausenburg beibehalten.

Ein anderes, dem Außenstehenden unverständliches Zeichen für die Romanisierungsbemühungen der offiziellen Kulturpolitik ist die Tatsache, daß alle Orte sowohl auf Landkarten als auch auf den Ortsschildern nur mit ihrem rumänischen Namen angegeben werden. Das ist auch dort so, wo kaum Rumänen leben. Ungarn und Deutsche leben jedoch mit ungarischen und deutschen Namen im Kopf.

Es ist deutlich, daß den nationalen Minderheiten in Rumänien während der vergangenen Ceauşescu-Ära angeborene Rechte vorenthalten wurden. Der Conducator hat geschickt das vorhandene Bedürfnis einer vergleichsweise schwach gebildeten und informierten

Mehrheit genutzt, sich des Minderwertigkeitsgefühls gegenüber besser gebildeten und in ihrer kulturellen Entwicklung vom Ausland geförderten Minderheiten zu entledigen. Dies traf die zwei Millionen Ungarn härter als die 200 000 bis 300 000 Deutschen. Zwei Millionen Menschen stellen mit knapp 10 Prozent der Gesamtbevölkerung auch einen deutlichen Machtfaktor dar, der sich nach der Parlamentswahl vom 20. Mai

in der Bevölkerung mit weniger als zwei Prozent. Das Wahlergebnis war mit Bangen erwartet worden. Insbesondere die Ungarn sehen in ihm eine Fortsetzung der Machtverhältnisse aus der Zeit der Diktatur, lediglich mit einem anderen Kopf an der Spitze. Sie wie auch die Deutschen und die Rumänen selbst senken nach wie vor die Stimme, wenn von „Väterchen“ Ceauşescu oder der Securitate die Rede ist.



**Abendmahlstisch von 1571 in der reformierten Kirche in Neumarkt. Die Symbole der fünf christlichen Kirchen Rumäniens sind hier vereint: reformierte, orthodoxe, lutherische, unierte und katholische Kirche**

Foto: Krolzik

dieses Jahres auch am Stimmenanteil von rund 7 Prozent für die „Demokratische Union der Ungarn in Rumänien“, dem zweithöchsten von allen Parteien, ablesen läßt.

Der Zwang zur Einheitlichkeit hat das bei den Rumänen vorhandene Meinungsspektrum in der Vergangenheit nicht zum Ausdruck kommen lassen. Es darf nicht vergessen werden, daß auch die Rumänen selbst unter der Diktatur gelitten haben. Im einzelnen wird zukünftig noch zu untersuchen sein, welche Bedeutung die Ergebnisse der Wahlen des Staatspräsidenten und des Parlaments am 20. Mai 1990 vor diesem Hintergrund haben. Die vergangene Tendenz zur Vereinheitlichung, der Mangel an Experimentierfreude mögen sich im hohen Stimmenanteil der „Front der Nationalen Errettung“ von fast 70 Prozent widerspiegeln. Es zeigt sich aber auch der geringe Rückhalt der nationalistisch geprägten „Partei für die Einheit der Rumänen in Siebenbürgen“

Diese zumindest bei den Ungarn durchgängig anzutreffende Einschätzung findet Bestätigung und Berechtigung in den blutigen Zusammenstößen zwischen Rumänen und Ungarn im März dieses Jahres in Tirgu Mureş (Neumarkt) und einigen anderen Orten in Siebenbürgen. Die Ursache für die Straßenschlachten mit Hunderten von Verletzten auf beiden Seiten bleibt im dunkeln. Beide Volksgruppen bezichtigen sich gegenseitig der Urheberchaft. Allerdings beeindruckt Pfarrer Fülöp aus Tirgu Mureş mit seiner bedächtigen Abwägung, daß hier fremde Rumänen auf einheimische Ungarn trafen. War es ein organisierter Pogrom? War er vielleicht von rumänischen Nationalisten organisiert? Antworten hier ohnehin schon geballte ungarische Fäuste? Es mag so sein. Tatsächlich steckt beiden Volksgruppen dieses postrevolutionäre Erlebnis tief in den Knochen. Es ist beidseitig unverstanden. Und bei dem mangelhaften Bemühen um Aufklärung

wird deutlich, wie festgefügt der alte Staatsapparat noch ist. Ungarische Demonstrationsteilnehmer finden sich einseitig beschuldigt und berichten, daß rumänische Teilnehmer entschuldigt werden. Die Darstellungen mögen subjektiv sein, ihre Zahl verleiht ihnen aber Gewicht, und sie zeigen, daß Vertrauen in ein gedeihliches Zusammenleben in der Zeit nach Ceauşescu noch lange nicht erreicht ist.

Wer in das hügelige Land in der Beuge des Karpatenbogens reist, reist in eine Gegenwart, die gleichzeitig mit einer reichen Vergangenheit lebt und in Teilen bereits Vergangenheit ist. Er wird nicht umhin können, sich als Deutscher an Bilder erinnert zu fühlen, die er aus eigener Anschauung nicht mehr kennt. Orte wie Klausenburg, Schäßburg, Kronstadt, Hermannstadt sind Zeugen einer deutschen Stadtkultur, deren Gründung rund achthundert Jahre zurückreicht. Im Land verstreut liegen Hunderte von Dörfern, die man auch ohne historische Vorbildung ebenso eindeutig wie die Städte dem deutschen Kulturraum zuordnet.

Schäßburg, Kronstadt, Hermannstadt, Dörfer wie Rotbach, Tartlau, Michelsberg wirken auf Anhub vertraut. Daß diese Städte und Dörfer trotzdem dem deutschen nicht gleichartig sind, liegt nicht daran, daß unsere Städte zerbombt wurden. Es ist vielmehr so, daß hier in Siebenbürgen ein Zustand konserviert ist, den die Entwicklung in Deutschland selbst lange hinter sich gelassen hat. Der Sauberes noch sauberer machende Besen ist ein Indiz dafür, warum dieser Zustand trotz der erkennbaren materiellen Mängel und der in den letzten Jahrzehnten ausgebliebenen wirtschaftlichen Weiterentwicklung so liebevoll erhalten ist. Die Mauern der Kirchen reißen, der Putz blättert hier und da an den Wohnhäusern, doch die Orte sehen gepflegt aus.

Diese Städte und Dörfer sind von einem tragischen Exodus bedroht. Rumänien weist seine Bürger nicht aus. Im Gegenteil: Es knüpft an die Bemühungen der Nachkriegszeit an, sich die deutschstämmigen Landsleute zu erhalten. Für den Aufbau des Landes in moderneren wirtschaftlichen Strukturen können sie unschätzbare Hilfe leisten. Doch die Abkehr von der Diktatur hat die Grenzen auch für die eigenen Bürger geöffnet.

Die lutherischen Pfarrer kennen die Ängste und Beweggründe, die zur Aus-

wanderung führen. Auch die Zahlen kennen sie und bestätigen im Prinzip die Angaben in den westdeutschen Medien, daß sich noch im Laufe des Jahres 1990 bis zu 80 Prozent der Deutschstämmigen auf den Weg in die Bundesrepublik machen werden. Durch Ungarn, die Tschechoslowakei und die DDR geht die Reise, so weit wie möglich durch Ostwährungsländer und unter Umgehung der schwierigen Transitsituation in Österreich.

Stadtpfarrer Grau in Schäßburg berichtet von erstaunlichen Entwicklungen. Während die schon seit Generationen geschlossenen Mischehen zwischen Rumänen und Deutschen in der Regel in einen Übertritt des deutschen Partners zur orthodoxen Kirche mündeten, beobachtete die Kirche seit Beginn der „Befreiungszahlungen“ der deutschen Bundesregierung an Ceauşescus Rumänien, daß zunehmend die rumänischen Ehepartner zur lutherischen Kirche übertraten. Nach Graus Einschätzung können Glaubensgründe hierbei kaum eine Rolle gespielt haben.

Doch es gehen nicht nur die Gemeinden, auch die Pfarrer gehen. Von den 19 lutherischen Pfarrern der Stadt Schäßburg sind nur noch 11 in ihrem Amt. Die evangelischen Landeskirchen in Deutschland verwehren ihnen die Übernahme ebenso rigoros wie den Pfarrern, die zu Zeiten einer unfreien DDR ihre dortigen Gemeinden verlassen haben. Die Frage ist erlaubt, ob die Fälle vergleichbar sind; denn Siebenbürgen wird in erster Linie vom Großteil seiner Gemeinden selbst verlassen.

## Angst vor Verschärfung

Warum gehen die Deutschen nach achthundert Jahren? Die Antworten sind immer gleich. Der „Front der Nationalen Errettung“ wird keine tiefgreifende Liberalisierung und wirtschaftliche Erneuerung zugetraut. Das Mißtrauen gegen die Nachfolger der kommunistischen Partei mischt sich mit der Angst vor rumänisch-nationalistischen Tendenzen, die die Vatra Romaneasca, eine Bürgerbewegung, offen zeigen darf. Hinzu kommt die Angst davor, daß die Bundesrepublik angesichts der großen Aussiedlerzahlen und der deutsch-deutschen Vereinigung die Aufnahmebedingungen verschärfen könnte.

Nicht vergessen werden dürfen die Berichte der in der Bundesrepublik aufgenommenen. Sie dürften sich zum Erfolg ihres Einlebens psychisch verpflicht-

et fühlen. Ihre Berichte in die Heimat sind positiv gefärbt, sicher auch unrealistisch. Doch ihr Start in Deutschland gestaltet sich tatsächlich reibungsloser als der anderer Aussiedlergruppen. Ihnen blieb das Leben in der Diaspora von Kasachstan und Kirgisien oder in der der ehemals deutschen Provinzen Polens erspart. Ihre kulturelle Identität ist noch weitgehend intakt. Ihr Dialekt mag nur den Luxemburgern vertraut klingen, doch ihr Hochdeutsch ist wohl in der Regel fehlerfrei. Das erspart Diskriminierungen.

Wie steht es um den Verbleib der zahllosen Kulturgüter? An die einhundert Wehrkirchen wurden bislang von den dazugehörigen Gemeinden mit geringer Hilfe von außen und ohne Hilfe vom rumänischen Staat erhalten. Diese Kirchen mit ihren vollständigen mittelalterlichen Wehranlagen haben unschätzbaren Wert für das deutsche Geschichtsverständnis und können ihn nicht in gleichem Maße für das rumänische haben.

Es gibt ein Deutsches Forum, das mit seinen begrenzten Mitteln versucht, die Häuser und Höfe der Auswanderer in solchen Orten aufzukaufen, in denen auch nach dem Abebben der gegenwärtigen Auswanderungswelle eine gute Chance zur Erhaltung des deutschen Ortscharakters besteht. In diese, so die Absicht, sollen dann Familien, die in anderen Orten zurückgeblieben und vereinzelt sind, umgesiedelt werden.

Wie man, so Pfarrer Grau, durch Rückzug auf ein Kernland die Identität der Bevölkerung und den Erhalt der Archive sicherstellt, haben die Siebenbürger Sachsen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges gelernt. Damals wurden vor der vorrückenden Roten Armee die Dörfer im Norden von Siebenbürgen evakuiert und die Bevölkerung mitsamt der mobilen Werte geordnet ins Kernstück des deutschen Siedlungsgebietes überführt. Auf diese Vorgänge müsse man sich nun wieder besinnen.

Es ist leicht zu erkennen, daß der Fortzug der Deutschen kein Vakuum hinterläßt. Häuser und Höfe wurden und werden sehr bald von Rumänen und Zigeunern übernommen.

Auch den Besucher bedrücken seine Beobachtungen und Gespräche. Man wünscht dem Land und seinen Volksgruppen die Erhaltung der Vielfalt, das heißt auch die Erhaltung unterschiedlicher kultureller Identitäten. Es scheint,

daß gerade die deutsche Volksgruppe, die unter allen Minderheiten des Landes vermutlich noch am wenigsten für ihre Rechte zu kämpfen hat, eine gewisse Mittlerrolle zwischen Rumänen und Ungarn einnehmen könnte. Pfarrer Schulerus spielt verträumt mit diesem Gedanken. Doch reichen die Kraft nicht mehr und die Zeit, die diesen Gedanken wachsen lassen könnten.

Rumänien erhält zurecht substantielle karitative Hilfe. Transporte kommen aus etlichen westeuropäischen Ländern. Man sieht Holländer, Engländer, Franzosen, Italiener und viele Bundesbürger. Das Land hat für solche Transporte die Zollschranken vorübergehend beseitigt. Wer Hilfe bringt, kann in den Hotels kostenlos übernachten.

Rumänische Kinder winken einem überall zu. Vielen sind die Segnungen Westeuropas schon bekannt, und so betteln sie vor allem um Zigaretten, Kaugummis, Schokolade und Kaffee. Mühe-los erkennt man unter ihnen geschäftstüchtige Organisatoren.

Kinder in Rumänien, das ist ein Thema, das dem aufmerksamen Zeitungsleser auch in Deutschland das Grausen beibringt. Der durch Berichte ausgelöste Diakonietourismus überschwemmt die Kinderheime mit neugie-

rigen Besuchern. Die Zustände in den Kinderheimen gehören zu jedem Gespräch über die Probleme des gequälten Landes. Es stimmt nachdenklich, daß nun zusätzlich zum Diakonietourismus ein Adoptionstourismus nach Rumänien eingesetzt hat, wie einst in die Länder der Dritten Welt. Eine kanadische Gruppe hat sich gar die Kinder eines Heimes reservieren lassen! Wirkliche Hilfe hieße im Falle der Kinderheime, die allerersten Überlegungen zum Aufbau einer Adoptions- und Pflegekinder- vermittlung im Lande selbst zu unterstützen.

Die ungarischen Gemeinden sind sicher bedürftig, werden aber nach Kräften aus Ungarn selbst und konfessionsbedingt aus Holland und Schottland unterstützt. Zu den deutschen Gemeinden ist durch die großen karitativen Organisationen eine gut funktionierende Logistik aufgebaut worden. Verwandtschaftliche Bindungen helfen ebenfalls, materielle Engpässe zu überwinden. Anders ist die Situation der Rumänen. Hier lebt die Not. Und westeuropäische Hilfe scheint an dieser Volksgruppe weitgehend vorbeizugehen. Dies führt zu Neid, vielleicht zu Haß auf die Ungarn und Deutschen, die immer wieder Hilfsgüter lastwagenwei-

se angeliefert bekommen. So belagerten Rumänen die Büroräume der reformierten Kirche in Tîrgu Mureş, nachdem dort eine Lieferung von Hilfsgütern angekommen war. Erst Soldaten konnten die aufgebrauchte Menge auseinandertreiben.

Es erscheint wünschenswert, die angebotene Hilfe nicht allein den karitativen Organisationen zu überlassen, sondern in Absprache mit diesen auch privat zu handeln und nach Möglichkeit das persönliche Sich-Kümmern zum Ausdruck zu bringen. Die Ungarn und Deutschen wünschen sich eine geistige und geistliche Unterstützung mehr als eine materielle. Sie brauchen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher aus Westeuropa, um ihre Isolation zu durchbrechen und an das Geschehen und die geistigen Bewegungen außerhalb Rumäniens wieder Anschluß zu gewinnen. Sie brauchen Schreibmaschinen und Vervielfältigungsgeräte, um erworbenes Wissen und Informationen weitergeben zu können. Auf diesem Wege hoffen sie, sich aus der unseligen Nehmerrolle befreien zu können. Und es geht nicht darum, ihnen eine Übergangszeit bis zur Auswanderung erträglich zu gestalten, sondern darum, ihnen zum Bleiben in der Heimat eine Hilfe zu gewähren.